

Unterrichtung

durch die Bundesregierung

Bericht der Bundesregierung über ihre gesamten Bemühungen und über die politische Entwicklung in Nigeria

Inhaltsverzeichnis	Seite
I. Überblick	1
II. Zu den Forderungen im Beschluss des Deutschen Bundestages im Einzelnen	2

I. Überblick

1. Mit einer gewählten Regierung hat für Nigeria Anfang 1999 eine neue demokratische Ära begonnen. Von November 1998 bis Februar 1999 waren in vier Wahlen lokale Räte, Landtage und Gouverneure, Bundesparlament (Repräsentantenhaus und Senat) sowie der Staatspräsident gewählt worden. Im Mai 1999 erfolgte die Amtseinführung des neu gewählten Präsidenten Olusegun Obasanjo.
2. Der neue Präsident Olusegun Obasanjo veranlasste die Militärs, in die Kasernen zurückzukehren. Er lässt die Korruption bekämpfen. Hochrangige Militärs wurden unter Korruptionsverdacht verhaftet. Bemühungen um Rückführung illegal ins Ausland transferierter Gelder haben u. a. in der Schweiz zu ersten Erfolgen geführt. Nunmehr kommt es für Nigeria darauf an, die Voraussetzungen für die Regelung der Außenschulden zu schaffen, sodass neue Investitionen und neue Kapitalzufuhr seine potenziellen Wachstumsmöglichkeiten ausschöpfen. Zu diesem Zweck arbeitet die Regierung eng mit dem Internationalen Währungsfonds (IWF) zusammen.

3. Erste Schritte in Richtung auf politische Reformen sowie zur Verbesserung der ökonomischen Situation Nigerias waren bereits vom Übergangspräsidenten General Abubakar eingeleitet worden. Neben den freien Parlaments- und Präsidentenwahlen, der Wiederzulassung politischer Parteien und der Freilassung politischer Gefangener wurden wirtschaftliche Reformen eingeleitet. Zu nennen sind vor allem die Abschaffung doppelter Wechselkurse, die Deregulierung des Treibstoffmarktes und die Ankündigung der Privatisierung staatlicher Monopole bzw. der Zulassung von Konkurrenzunternehmen.
4. Die politische Öffnung führt es mit sich, dass die soziale Krise, die sich unter der Militärregierung verschärft hatte, zum Ausbruch kommt: erhöhte Jugendkriminalität (90 % der Schulabgänger finden keine Arbeit), verschiedene Streiks des öffentlichen Dienstes, Unruhen wegen Benzinknappheit, Gewalttätigkeit von Bevölkerungsgruppen in den Ölförderungsgebieten, die nicht an der Wertschöpfung beteiligt sind, sowie religiöse Militanz im Norden des Landes. Nach dem Rückzug der Militärs ist die Kriminalität, auch wegen einer überforderten, mangelhaft ausgebildeten sowie schlecht ausgerüsteten und bezahlten Polizei, weiter angestiegen.

Nigeria zählt trotz Ölreichtums zu den 20 ärmsten Ländern der Welt mit einem geschätzten jährlichen Pro-Kopf-Einkommen von unter 300 US-\$. Zwei Drittel der Bevölkerung leben unterhalb der Armutsgrenze im Vergleich zu 28 % im Jahre 1980.

Die angekündigte und ökonomisch notwendige Deregulierung des Ölproduktmarktes wird eine schwierige Situation schaffen. Angesichts der erdrückenden Armut weiter Bevölkerungskreise und niedriger Lohnniveaus sind bei steigenden Rohölpreisen die Transportkostensteigerungen durch Benzinpreiserhöhungen (von ca. 40 auf 50 Pfennig je Liter) aus der Sicht der Betroffenen kaum zumutbar. Dabei richtet sich die Kritik der Bevölkerung und der Gewerkschaften auch an die internationalen Finanzinstitutionen (IWF und Weltbank), die eben dies fordern.

5. Rechtsstaat und Transparenz des Regierungshandelns werden angestrebt. Allerdings führen verfassungsgemäße Formen der Einbindung der Bundesstaaten – jeder der 36 Bundesstaaten ist im Kabinett vertreten – zu einer Konzentration von Entscheidungsvorgängen innerhalb eines Beraterstabes beim Präsidenten. Wichtige Reformvorhaben bleiben wegen der Verteilungskämpfe großer Bevölkerungsruppen im Parlament stecken.

Derzeit haben die Spannungen aufgrund der sozialen Situation zur Drohung des Präsidenten geführt, den Ausnahmezustand in Lagos ausrufen zu lassen, falls die Unruhen und Übergriffe zwischen Gruppen und Ethnien durch die Polizei nicht auf bestehender Rechtsgrundlage zu stoppen sind. Auch mit den Absichten einzelner Bundesstaaten, die Scharia einzuführen, gehen besorgniserregende Unruhen einher.

6. Die Bundesregierung trägt diesen schwierigen Bedingungen in Abstimmung mit anderen Gebern Rechnung. Bundespräsident Johannes Rau hatte Präsident Olusegun Obasanjo noch im Dezember 1999 zu einem Staatsbesuch nach Berlin eingeladen, um dringende Probleme, insbesondere das drückende Schuldenproblem, im Geiste einer guten Zusammenarbeit mit der Bundesrepublik Nigeria zu erörtern. Der deutsche Bundeskanzler stellte zu den Ergebnissen fest: „Wir werden mit dem IWF dafür sorgen, dass es zu dem geplanten Kreditabkommen zwischen Nigeria und dem IWF kommt, und Deutschland wird dann prüfen, und dies sehr wohlwollend prüfen, wie man zu einer Streckung der erheblichen Verschuldung Nigerias kommt.“ Maßnahmen für eine Intensivierung der Entwicklungszusammenarbeit wurden begonnen.

II. Zu den Forderungen im Beschluss des Deutschen Bundestages im Einzelnen

- 7.1 Die politische Unterstützung der Freilassung von politischen Gefangenen, rechtsstaatlichen Verfahren für Inhaftierte sowie der Aufhebung des Dekrets Nr. 2 (Festnahme ohne Anklageerhebung)

war im Konzert der Geber erfolgreich. Noch unter der Übergangsregierung wurde im Frühjahr 1999 eine grundlegende Wende in der Menschenrechtssituation herbeigeführt. Alle politischen Häftlinge wurden freigelassen. Eine Kommission zur Untersuchung der Menschenrechtsverstöße unter der Militärdiktatur wurde eingesetzt; Vertreter des abgelösten Gewaltsystems, denen konkrete Verbrechen zugerechnet werden können, werden gerichtlich zur Verantwortung gezogen. Allerdings halten ethnisch motivierte, gewalttätige Auseinandersetzungen an, bei denen immer wieder Zivilisten zu Opfern werden.

- 7.2 Die Bundesregierung unterstützt im Einklang mit dem Anliegen des Deutschen Bundestages den Prozess der Demokratisierung in Nigeria in erster Linie durch die Intensivierung der politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Kontakte. Auf Einladung des Bundespräsidenten Johannes Rau stattete Präsident Olusegun Obasanjo im Dezember 1999 mit einer großen Delegation unter Einschluss von Parlamentariern und Gouverneuren der Bundesrepublik Deutschland einen Staatsbesuch ab, bei dem u. a. ein Investitionsförderungs- und -schutzabkommen sowie ein bilaterales Kulturabkommen paraphiert und grundsätzliche Einigung über den Abschluss eines Luftverkehrsabkommens erzielt wurden. Die Vorbereitungen für die Wiederbelebung der militärpolitischen Beziehungen durch die Rückverlegung des während der Militärdiktatur abgezogenen deutschen Militärattaché-Stabs nach Nigeria werden beschleunigt. Bundesminister Joseph Fischer wird bei seiner bevorstehenden Afrika-Reise Nigeria mit einbeziehen, um den Ausbau und die Vertiefung der bilateralen Beziehungen weiter voranzutreiben.

Der Prozess der Demokratisierung und der Aufbau der Zivilgesellschaft werden nachdrücklich unterstützt. Im bilateralen Bereich sind hier die vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) geförderten Aktivitäten der politischen Stiftungen hervorzuheben:

- **Friedrich-Ebert-Stiftung** (seit 1978 ununterbrochen im Lande) fördert in fünf Schwerpunkten
 - Gewerkschaften (insbesondere Lohn- und Tarifpolitik)
 - Menschenrechtsorganisationen und Professionalisierung der Medienorganisation in diesem Zusammenhang
 - Dezentralisierung (Fortbildung für Kommunalverwaltung)

- Gleichstellung von Frauen (Beratung von Frauenorganisationen)
 - Umwelt (insbesondere Problematik des Ölfördergebietes im Niger-Delta)
- **Friedrich-Naumann-Stiftung** plant für das Jahr 2000 Maßnahmen zu den Themenschwerpunkten
- organisierter Liberalismus (Programme für Mandats- und Funktionsträger)
 - Menschenrechte und Rechtsstaat
 - Marktwirtschaft, insbesondere mit den Partnern „African Leadership Forum“ (ALF) und „Business and Professional Women“ (BPW)
- **Heinrich-Böll-Stiftung** beabsichtigt
- Beiträge zur Lesekultur (u. a. Arbeit in Schulen und Gefängnissen)
 - Maßnahmen im Bereich von Menschenrechts- und Frauenfragen

7.3 Die ethnischen Spannungen im Niger-Delta, die immer wieder auch gewaltsam ausgetragen werden, sind vor dem Hintergrund der dortigen sozialen und wirtschaftlichen Probleme und der jahrzehntelangen Vernachlässigung dieser für die nigerianische Wirtschaft lebenswichtigen Region durch die Zentralregierung zu sehen. Die Besorgnisse der deutschen und europäischen Öffentlichkeit über die gewaltsamen Auseinandersetzungen in dieser Region sind der nigerianischen Regierung bekannt. So hat die EU unter deutscher Präsidentschaft im Mai letzten Jahres in einer offiziellen Demarche aus Anlass der Aufhebung der letzten EU-Sanktionen nachdrücklich das Interesse der EU an der wirtschaftlichen Förderung und dauerhaften Befriedung des Niger-Deltas betont. Präsident Olusegun Obasanjo und seine Regierung haben keinen Zweifel daran gelassen, dass die Lösung der Dauerkrise im Niger-Delta zu ihren prioritären politischen Zielen gehört.

7.4 Technische Zusammenarbeit

Eine kleine Zahl von Vorhaben der Technischen Zusammenarbeit zugunsten der ärmsten Bevölkerungsschichten war nicht unterbrochen worden. Jetzt können neue Zusagen für die langfristige Absicherung der laufenden sowie neuer Initiativen gemacht werden.

Vorbereitet wurde dies im November 1999 durch eine hochrangige Beamtendelegation des BMZ. Vertiefende Fachgespräche mit den nigerianischen Partnerministerien sind für April 2000 geplant. Da-

bei wird es darum gehen, erfolgreich laufende Aktivitäten auf eine breitere Basis mit neuen Mitteln auszuweiten, um brennende soziale Probleme zu lösen und auch um dabei zu helfen, für umfassende Maßnahmen der Regierung Nigerias Zeit zu gewinnen. Vorbehaltlich der Ergebnisse der Gespräche im Einzelnen soll auf folgende Maßnahmen aufgebaut werden:

- Für die „Förderung der klein- und mittelständischen Unternehmen in Lagos State“ wurden Ausbildungskurse, Informations- und Beratungsleistungen über die Handelskammer Lagos bereitgestellt. Dieses Angebot könnte erweitert werden.
- Der Fischertrag – in einem sehr armen Land wie Nigeria ein wichtiger Proteinversorger – könnte ohne besonderen Aufwand verdoppelt werden. Erfahrungen hierzu wurden im größten Binnengewässer, dem Niger-Stausee Lake Kainji, gewonnen. Organisation und Techniken können auch im nationalen Rahmen an die nigerianische Fischwirtschaft weitergegeben werden.
- Das im Bundesstaat Niger in zwei Distrikten durchgeführte Vorhaben zur Verbesserung der Basisgesundheits einschließlich der nachhaltigen Bewirtschaftung von Referenzkrankenhäusern könnte auf alle Distrikte sowie auf benachbarte Staaten übertragen werden, so weit sich nicht die Scharia als Hindernis erweist. Aufgrund der langjährigen Erfahrung und des Vertrauenskapitals der deutschen Technischen Zusammenarbeit lässt sich sehr schnell und erfolgreich Hilfe leisten und damit eine stabilisierende politische Wirkung erzielen.
- Das Vorhaben „Ausbildung für beschäftigungslose Jugendliche“ könnte verstärkt auf die Schaffung von Arbeitsplätzen im informellen Sektor ausgedehnt werden.
- Über Angebote der deutschen Seite zur Beratung über eine neue Verfassung – hier insbesondere über Erfahrungen zu föderalen Aspekten – sowie über Sicherheitsfragen im föderalen Staatswesen stehen noch vertiefende Beratungen mit der nigerianischen Regierung bevor.

7.5 Finanzielle Zusammenarbeit

Aus früheren Zusagen stehen 80 Mio. DM zur Verfügung. Sie können frühestens nach einer Regelung über die Altschulden eingesetzt werden.

7.6 Die EU-Kommission hat aus dem laufenden und früheren Europäischen Entwicklungsfonds insgesamt 440 Mio. Euro zur Verfügung. Zurzeit findet eine Programmierung für diese Mittel statt.

Vorab wurden bereits

- 21 Mio. Euro für die Förderung von Mikro-Projekten im Niger-Delta bewilligt, um einen Beitrag zum Abbau der Spannungen zu leisten,
- 10 Mio. Euro für den Aufbau makroökonomischer Managementkapazitäten (zusammen mit Weltbank, Großbritannien, USA und Japan)

zur Verfügung gestellt.

Außerdem hat die Kommission einen Europäischen Beauftragten für Menschenrechtsfragen entsandt.

7.7 Die Maßnahmen der EU werden auch durch das von der Bundesregierung unterstützte UNDP-Programm ergänzt: In dem ersten „Country Cooperation Framework for Nigeria 1997–2001“ sind folgende Förderungsmaßnahmen vorgesehen:

- Management der sozioökonomischen Entwicklung (7,5 Mio. US-\$)
- Arbeitsbeschaffung und nachhaltige Einkommenssicherung (10,6 Mio. US-\$)
- nachhaltiger Umweltschutz, nachhaltige Landwirtschaft und ländliche Entwicklung (12,1 Mio. US-\$)
- Sozialentwicklungsprogramm (12,3 Mio. US-\$).

7.8 Die Weltbank bereitet Vorhaben über

- Grundbildung II (IDA-Konditionen, 25 Mio. US-\$)
- Ausbildung in Wirtschaftsmanagement (15 Mio. US-\$)

vor. Die Kreditgewährung hängt jedoch von einer Einigung Nigerias mit dem IWF/Pariser Club ab. Die Bundesregierung hat die Entscheidung der Weltbank über einen vorgezogenen Kredit zur Trinkwasserversorgung in kleinen Städten (5 Mio. US-\$) unterstützt.

8. **Schuldensituation**

Nigerias Außenschulden beliefen sich Ende 1998 auf rd. 29 Mrd. US-\$. Dies entspricht rd. 70 % des Bruttoinlandsprodukts. Gegenüber den öffent-

lichen Kreditgebern Deutschlands sind es allein 7 Mrd. DM. Ein großer Teil, insbesondere bei den öffentlichen Schulden, sind Rückstände. Trotz steigender Öleinnahmen (die für mehr als 90 % der Exporterlöse verantwortlich sind) aufgrund der gestiegenen Weltmarktpreise (von 11 US-\$/b auf 25–30 US-\$/b) ist das Zahlungsverhalten weiterhin unbefriedigend. Die Bundesregierung und die anderen Gläubiger im Pariser Club sind bereit, mit Nigeria über eine Umschuldung zu verhandeln. Voraussetzung hierfür ist die Verabschiedung eines wirtschaftlichen Stabilisierungsprogramms mit dem IWF. Die Verhandlungen hierüber sind weit fortgeschritten.

Durch eine Umschuldungsregelung soll sichergestellt werden, dass Nigeria unter Berücksichtigung seiner wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit dauerhaft seinen externen Zahlungsverpflichtungen nachkommt.

Eine Schuldenregelung ist Voraussetzung dafür, dass Nigeria sich dem weltweiten Kapitalmarkt in angemessener Weise öffnen kann, damit es die menschlichen und natürlichen Ressourcen der bevölkerungsreichsten Nation Afrikas in vollem Umfange nutzen kann.

9. Die Bundesregierung unterstützt trotzdem im Rahmen ihrer Möglichkeiten den weiteren Ausbau der bilateralen Wirtschaftsbeziehungen.

Aufgrund der positiven politischen Entwicklung in Nigeria hat die Bundesregierung die Messe Lagos wieder in das amtliche Messenförderungsprogramm aufgenommen. Diese fand im November 1999 statt und wurde von den deutschen Ausstellern positiv bewertet. Eine vom Afrika-Verein organisierte Delegationsreise der deutschen Wirtschaft nach Nigeria wurde im Oktober 1999 durchgeführt. Sie wurde von einem Vertreter der Bundesregierung politisch begleitet. Das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie unterstützt finanziell die Repräsentanz der deutschen Wirtschaft in Nigeria.

10. Die Bundesregierung wird auch weiterhin gemeinsam mit ihren europäischen Partnern die positive Entwicklung Nigerias mit den ihr möglichen Instrumenten, insbesondere auch der Entwicklungszusammenarbeit, fördern und stützen.